

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 55 (1975-1976)
Heft: 11

Rubrik: Blickpunkt

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 21.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

NORDIRLAND IN DER STUNDE NULL

In den letzten Wochen hat der Terror in Nordirland einen neuen Höhepunkt erreicht. Am Rande Westeuropas bekämpfen sich in einer anachronistisch anmutenden Form konfessionelle Gruppen seit mehr als sechs Jahren, als lebe man noch in der Zeit der Glaubenskriege. Es wäre ohne Zweifel verfehlt, die blutigen Auseinandersetzungen, die bisher weit über tausend Todesopfer und etwa das Zwanzigfache an Verletzten gefordert haben, lediglich auf den religiösen Nenner zu bringen. Die Differenzen werden verschärft durch *soziale Gegensätze und Spannungen*, in einem Klima, das seit eh und je gekennzeichnet ist durch Emotionen und die Neigung zu unkontrollierten, extremen Ausbrüchen politischer, konfessioneller und ethnischer Leidenschaften.

Die britische Regierung hat bisher keine Formel zu finden vermocht, die die Lage entschärfen könnte. Als sie sich vor vier Jahren, damals noch unter Premierminister *Heath*, dazu entschloss, die autonome Provinz Ulster unter direkte Abhängigkeit des Kabinetts in London zu stellen, war das eine Massnahme, die als Provisorium gedacht war. Sie droht heute zu einem Dauerzustand zu werden. Das Experiment einer Koalition zwischen den feindlichen irischen Brüdern, das *Brian Faulkner* 1974 unternahm, scheiterte schon nach verhältnismässig kurzer Zeit im Chaos des Generalstreiks vom Mai jenes Jahres. Der zweite Anlauf, auf dem Weg über eine *verfassunggebende Versammlung* neue Strukturen zu schaf-

fen, die ein Zusammenleben ermöglichen sollten, droht gegenwärtig erneut in einer Sackgasse zu enden, möglicherweise sogar in einer Verschärfung des Konfliktes. Die protestantischen Loyalisten, die sich in Nordirland auf eine zahlenmässige Mehrheit stützen können, die knapp über der Fünfzig-Prozent-Marke liegt, konstruieren daraus eine *Position der Stärke*, die – so will es dem Aussenstehenden scheinen – gelegentlich an Einsichtslosigkeit grenzt. Dass sie als der Weisheit letzter Schluss nun verkünden, die Lösung des Problems sei in der Rückkehr zum *status quo ante* zu finden, offenbart einen erschreckenden Mangel an politischem Spürsinn. In einer Zeit, die geneigt ist, selbst kleinsten Randgruppen Gehör und Mitbestimmung zu schenken, nimmt sich der Anspruch der Protestantten, den katholischen Bevölkerungsteil Ulsters zu majorisieren wie vor 1969, reichlich illusionär aus.

Freilich hat auch London im Augenblick kein Rezept bereit – oder scheint nach den Erfahrungen der letzten Jahre entschlossen, die Sache *pragmatisch* anzupacken, anstatt nach neuen Konzeptionen zu suchen. Das heisst in Klartext übersetzt: Weiterdauern der direkten Administration durch einen Nordirland-Minister, Aufrechterhaltung der militärischen Kontrolle durch Verstärkung der in Ulster stationierten britischen Streitkräfte, Hoffnung auf ein allmähliches Abflauen der Spannungen, Warten auf einen günstigeren Zeitpunkt. In der Zwischenzeit wird der Auftrag an

die verfassunggebende Versammlung wiederholt, die Grundlagen für eine Koalition zwischen Protestanten und Katholiken zu schaffen, und die Mitglieder der Konstituanten werden erneut an den Verhandlungstisch aufgeboten, um weiterhin in einem Gespräch zu bleiben, aus dem möglicherweise eine Annäherung resultiert. Das alles ist sehr vernünftig, sehr rational und sehr britisch gedacht. Die nächsten Wochen werden zeigen, ob hier tatsächlich ein

Damm gegen die aufgewühlten Geister geschaffen werden kann. Alle Erfahrungen der Vergangenheit sprechen dafür, dass dies im Moment kaum mehr ist als eine Geste der Beruhigung und dass die Gefahr erneuter Ausbrüche des Hasses, wie sie sich im Mai 1974 manifestierten, wahrscheinlicher ist als eine Lösung der Vernunft und der Kooperation.

Alfred Cattani

KULTURPOLITIK IN DER REZESION

«Hat eine neue kulturelle Initiative in der heutigen Zeit der Finanzklemme, da die öffentliche Hand gerade im Kultursektor besonders rigoros spart, überhaupt einen Sinn?» Diese Formulierung fiel in den letzten Tagen in einem Radio-Interview und steht für viele ähnliche Äusserungen der jüngsten Zeit in der Presse und den Massenmedien. Was hat es damit auf sich? Tatsache ist, dass die Budgets von Bund und Kantonen zu 85 bis 90 Prozent durch gesetzlich gebundene und faktisch indexierte Ausgaben bestimmt sind. Wenn die Parlamente in diesem Bereich von ihrem Budgetrecht restriktiven Gebrauch machen wollen, so setzt dies mit anderen Worten meist schwerfällige gesetzliche Änderungen voraus – von den damit verbundenen *politischen* Schwierigkeiten nicht zu reden.

Unter die restlichen «freien» 10 bis 15 Prozent fallen naturgemäß vor allem auch all die grösseren und kleineren Staatsbeiträge für kulturelle Organisationen oder Institutionen, wie sie dem kulturpolitischen Prinzip der Subsidiarität – der *Förderung*, nicht der *Lenkung*

durch den Staat – entsprechen. Es ist naheliegend, dass diese kulturellen Beiträge in Zeiten finanzieller Anspannung damit besonders gefährdet erscheinen. Und es fehlt auch nicht an Beispielen aus der Vergangenheit, da solche Subventionen zu Spardemonstrationen herhalten mussten.

Was die allerjüngste Zeit anbelangt, so darf indessen festgehalten werden, dass im allgemeinen auf solche Alibi-übungen verzichtet worden ist. Im Kanton Zürich zum Beispiel blieben die entsprechenden Abschnitte des Budgets 1976 völlig ungeschoren. Zwar erfolgten im allgemeinen keine wesentlichen Erhöhungen, und bei der Übernahme neuer Verpflichtungen war man ebenfalls zurückhaltend. Es kam aber so etwas wie ein stillschweigender Konsens darüber zustande, dass die Kulturausgaben nicht als sparpolitisches Demonstrationsobjekt missbraucht werden sollten. Das verdient doch wohl registriert zu werden. Und es bleibt zu hoffen, dass sich hierin grundsätzlich auch weiterhin nichts ändert.

Allerdings kann dies nicht bedeuten,

dass die staatliche Kulturpolitik Reservatscharakter bekommen könne. Sie muss wie alle übrigen Bereiche des öffentlichen Haushalts daraufhin überprüft werden, ob es nicht hochkonjunkturelle Fettansätze gebe, die unter den heutigen Umständen abzubauen seien. Das trifft insbesondere auch auf die gesetzlich gebundenen Kulturaufgaben, das Bildungswesen im weitesten Sinne, zu. Hier wie anderswo sind die Ansprüche vom Wünschbaren auf das Notwendige zu reduzieren – notwendig nicht in einem rein materialistischen Sinne, sondern im Sinne des rechten Masses und des präzisen Einsatzes der spärlicher vorhandenen Mittel.

Es sind mit andern Worten die Proportionen zu wahren. Der Staat hat eine finanzpolitische, aber auch eine kulturpolitische Verantwortung, wobei die kulturpolitische gerade jetzt besonders stark wiegt. Denn das privatwirtschaft-

liche Mäzenatentum, das in unserem Lande eine unauffällige, aber sehr gewichtige Rolle spielt, steht natürlich ebenfalls im Schatten der Rezession. Die schon bisher im allgemeinen reibungslose Abstimmung von öffentlichen und privaten Leistungen ist dabei unter den Verhältnissen des konjunkturellen Wellentals von besonderer Bedeutung. Darüber hinaus ist nicht zu verkennen, dass die Meisterung dieses Problems um so leichter fällt, je stärker sich die sogenannten Kulturträger selbst der Situation bewusst sind und vor allem auch dem Informationsbedürfnis von Öffentlichkeit und Behörden Rechnung tragen. Das *Notwendige* fordern und sorgfältig begründen – das ist auch im kulturellen Bereich das angemessene Rezept, um in dieser Zeit über die Runden zu kommen.

Richard Reich

«WOHLSTAND DER NATIONEN»

Es gibt wirtschaftliche Ereignisse, die auf den ersten Blick als «historische Sentimentalitäten» erscheinen mögen, sich aber bei Lichte betrachtet doch als Aktualitäten von *brennendem Interesse* entpuppen. Zu dieser Kategorie von «News» gehört der 200. Geburtstag eines Buches, das wie kaum ein anderes eine Epoche begründete, deren Spuren bis in die Gegenwart reichen; es handelt sich um «*An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations*» von Adam Smith (erschienen am 9. März 1776 in London).

Die Literatur, die zu ergründen versuchte, weshalb dieses Werk die wirtschaftliche Denkweise und die ord-

nungspolitischen Philosophien zu revolutionieren vermochte, ist Legion. Das Geheimnis liegt wohl nicht in erster Linie darin, dass die Bücher über den «Wohlstand der Nationen» erstmals eine geschlossene, in sich konsistente und «allgemeine» Wirtschaftstheorie offerierten, sondern vielmehr in einer genialen Umsetzung des *liberalen Gedankengutes* in wirtschaftliche Kategorien und damit in der Begründung des *Wirtschaftsliberalismus*. Smith hatte die Grundlagen zu einem Ordnungssystem entworfen, auf das sich in der Folge Generationen berufen sollten und das auch heute noch, freilich in einer reformierten und in wesentlichen Bereichen

weiterentwickelten Form, existiert. Wer sich über die geistigen Fundamente jener Wirtschaftsordnung, die in der Nachkriegszeit den Namen «Soziale Marktwirtschaft» erhalten hat, Klarheit verschaffen will, kommt um den grossen schottischen Moralphilosophen und Nationalökonomen nicht herum.

Das liberale Gedankengut als tragende Säule marktwirtschaftlicher Ordnungsformen hat seine geistigen Wurzeln in der Naturrechtsphilosophie. Es war ursprünglich eingebettet in eine umfassende Harmonielehre, der die Eigenschaft zugesprochen wurde, die individuelle Handlungs- und Entscheidungsfreiheit – die schon bei Smith nicht schrankenlos war – in eine globale Entwicklungstendenz einzuschmelzen, die längerfristig den höchsten Wohlstand der Nationen zu sichern vermag. Diese Vorstellung hat ihre geschichtliche Grösse und Faszination – aber sie hat sich im Laufe der Geschichte *nicht* bestätigt. Die wirtschaftliche Entwicklung nach Smith war nicht eine solche der Harmonie, des Gleichgewichts, sondern vielmehr charakterisiert durch ständig wiederkehrende Krisen und ungelöste soziale Probleme. Der Widerspruch zwischen theoretischem Anspruch und Wirklichkeit hatte denn ja auch bereits Mitte des letzten Jahrhunderts eine Opposition auf den Plan gerufen, deren geistiges Haupt Karl Marx war.

Aus dieser Erfahrung zogen die *Neo-*

liberalen der Nachkriegszeit die einzige mögliche Lehre. Sie warfen die Harmonielehre der Klassiker über Bord und forderten auch für ein liberales System eine *stabilitätssichernde Wirtschaftspolitik*, die allerdings auf die marktwirtschaftlichen Spielregeln zugeschnitten sein muss. Und sie führten weiter die Marktwirtschaft «klassischer Prägung» zu einer *sozialen* Marktwirtschaft. Die Sozialpolitik hat in der reformierten Marktwirtschaft eine spezifischen ordnungspolitischen Stellenwert erhalten.

Es ist wohl kaum übertrieben, wenn heute von einer *Krise* der liberalen Denkweise gesprochen wird. Der Durchbruch zum Neoliberalismus erfolgte unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg, in einer Zeit mithin, als die ordnungspolitischen Trümmer, die die kriegerischen Wirren hinterlassen hatten, zu einer Überdenkung der Ordnungsstrukturen imperativ herausforderten. Diese Herausforderung besteht heute nicht mehr. Der Impetus, der die Diskussion um die ordnungspolitischen Grundlagen in den fünfziger Jahren beflügelte, ist erlahmt. Die Liberalen sind müde geworden. Der Geburtstag der «Wealth of Nations» fällt in eine Zeit, in der sich der Liberalismus in der *Defensive* befindet. Vor 200 Jahren trat er zu einer imposanten Offensive an. Daran sollten sich die Liberalen unserer Tage erinnern.

Willy Linder